

Das existenzsichernde Grundeinkommen

Jeder Mensch sollte über so viel Geld verfügen, dass er ein würdevolles Leben führen kann - unabhängig von seinen Leistungen. Eine Möglichkeit hierzu ist das existenzsichernde Grundeinkommen. Zu diesem Thema gibt es eine Fülle von Informationen. Hier ein Textauszug aus der Seite: <http://www.bge-rechner.de/finanzierung.html>

Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) gewährt jedem Mitglied einer Gemeinschaft eine feste monatliche Geldsumme in Höhe des soziokulturellen Minimums. Es reicht neben Kleidung, Lebensmitteln und Miete bspw. für ein Fahrrad oder die Monatskarte bei Bus und Bahn, es reicht nicht für ein neues Auto oder die teure Urlaubsreise. Es ermöglicht kein Luxusleben, aber ein Leben in Würde. Dieses Einkommen wird ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zur Gegenleistung gezahlt.

Diskutiert man über das BGE, werden hauptsächlich zwei Gegenargumente genannt: „Wer würde dann noch arbeiten?“ und „Wer soll das bezahlen?“. Die erste Frage ist abhängig vom persönlichen Menschenbild, die zweite wird hier beantwortet.

Um an dieser Stelle mit einem weit verbreiteten Denkfehler aufzuräumen: Das BGE wird nicht auf bestehende Löhne draufgesattelt, das würde nicht funktionieren. Es ersetzt einen Teil der Löhne und Gehälter. Wenn Sie das Bedingungslose Grundeinkommen für eine grundsätzlich gute Idee halten, allerdings Probleme bei der Finanzierung oder der Umsetzung sehen, dann sind Sie einer der Menschen, für die diese Seiten erstellt wurden.

Ein sozialpolitisches Konzept: Jeder Bürger bekommt ein Grundeinkommen - ohne Prüfung seiner finanziellen Verhältnisse und ohne eine Gegenleistung erbringen zu müssen. Das bedingungslose Grundeinkommen ersetzt alle anderen staatlichen Zahlungen und sichert die Existenz jedes Bürgers. Je nach Modell wird das Bürgergeld über Steuern wie zum Beispiel Konsum- und Luxusgüter, Unternehmenssteuer, Vermögenssteuer und Einsparungen in der Bürokratie oder Besteuerung von Finanzprodukten finanziert. . Prominente Befürworter sind der dm-Drogeriemarkt-Gründer Götz Werner und Elon Musk, Mitbegründer des Bezahlsystems PayPal und des Elektroautoherstellers Tesla. Kritiker sehen im Einkommen ohne konkrete Gegenleistung hingegen eine nicht finanzierbare Utopie. Das Grundeinkommen soll das Leben besser machen, den Druck rausnehmen, zu mehr Unabhängigkeit verhelfen, eine neue Form des Miteinanders hervorbringen

Ein Blick auf die Einkommensteuer ist in weiterer Hinsicht interessant. Das BGE wirkt als „negative Einkommensteuer“, wobei jeder es als theoretischen Grundfreibetrag ausgezahlt bekäme. Über das BGE hinaus verdientes Einkommen würde direkt ohne weiteren Freibetrag versteuert. Die Nettobelastung (Einkommensteuer minus BGE) wäre zunächst negativ und würde dann mit dem Einkommen ins Positive ansteigen, bis sie, je nach Ausgestaltung, ab ungefähr dem Durchschnittseinkommen die momentane Belastung (Sozialversicherungsbeiträge plus Einkommensteuer) übersteigen würde. Die Mehrheit der Bürger würde entlastet.

Kann ein Grundeinkommen finanziert werden?

1.000 Euro im Monat, einfach so, vom Staat. Betrachtet man die Geldmengen, die in Deutschland im Umlauf sind, scheint ein Grundeinkommen sogar umsetzbar. So entspricht die benötigte Summe des Grundeinkommens ziemlich exakt dem Sozialbudget der Bundesrepublik. Für das Jahr 2016 waren das 918 Milliarden Euro. Darin sind sämtliche Geld- und Sachleistungen eingerechnet, die zur Absicherung der Bürger dienen, selbst erwirtschaftete Renten und geleistete Sozialabgaben inklusive. Das Volkseinkommen, also die Summe aller produzierten Waren und Dienstleistungen, belief sich im Jahr 2016 sogar auf 2,3 Billionen Euro.

Das Geld wäre prinzipiell also vorhanden, nur ist es derzeit anderweitig gebunden.

Zu Beginn steht eine simple Überschlagsrechnung. Die eingangs erwähnten 1.000 Euro haben sich derzeit zur magischen Zahl der Grundeinkommensverfechter entwickelt. Wollte man durchschnittlich jedem Bundesbürger 1.000 Euro monatlich überweisen, bräuchte es rund 82 Milliarden Euro pro Monat, auf das Jahr gerechnet fast eine Billion. Der Bundeshaushalt gibt Projekte dieser Größenordnung nicht her. Allerdings - so sagen es Verfechter - gehe ein Teil der bisherigen Bundesausgaben im Grundeinkommen auf. So ließe sich Geld sparen: Hartz IV fiele weg, auch das Kindergeld. Doch wie viel machen diese Ausgaben am Bundeshaushalt aus?

Der Bundeshaushalt langt bei weitem nicht aus. Zwar bekommt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales den Löwenanteil des Haushalts, davon dient auch ein hoher Anteil zur Versorgung von Hartz-IV-Empfängern. Doch von dem Geld zahlt der Staat auch die nötige Infrastruktur und den Beamtensold. Und dennoch zeigt sich: Für ein Grundeinkommen stünden nur rund 160 Milliarden Euro im Jahr zur Verfügung. Ein Grundeinkommen verschlänge das Sechsfache.

Befürworter erhoffen sich eine ganze Reihe positiver Effekte. Die Wichtigsten darunter sind eine Reduzierung der (Einkommens-)Ungleichheit, eine steigende Autonomie der Bürger und ein effizienterer (Sozial-)Staat. Kritiker des BGE führen an, dass ein entsprechendes Vorhaben schlicht nicht finanzierbar sei. Außerdem wird eine negative Wirkung auf das Arbeitsangebot befürchtet.

Kosten von rund 800 Milliarden Euro

Für die Analyse dieser Positionen sei die Höhe des Existenzminimums im Sinne des BGE als 800 bis 1000 Euro pro Monat pro Person für Deutschland angenommen. Je nach dem welchem Personenkreis ein BGE zustünde, ergäbe dies ein Finanzvolumen von circa 800 Milliarden Euro pro Jahr.

Änderungen im Steuersystem

Natürlich sollen Personen durch das BGE nicht schlechter gestellt werden als momentan, sodass das BGE lediglich auf bestehende Sozialleistungen angerechnet werden sollte. Die Ausgaben für Sozialleistungen würden dadurch in jedem Fall sehr stark sinken. Mittelfristig würde eine derartige Bündelung der Sozialleistungen Einsparungen bei den Verwaltungsausgaben ermöglichen.

Andererseits muss natürlich berücksichtigt werden, dass die Sozialversicherungssysteme sich ihrerseits durch Sozialabgaben finanzieren. Diese könnten in einem BGE-System in die Einkommensteuer integriert werden. Die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber könnten durch Unternehmenssteuern ersetzt werden.

Der Einfluss des Grundeinkommens auf das Arbeitsangebot ist unklar

Eine Unbekannte bleibt das Arbeitsangebot. Hier gehen auch die Meinungen von Ökonomen auseinander, da grundsätzlich sowohl eine Zunahme als auch eine Abnahme theoretisch begründbar sind. Fakt ist, dass Personen in Umfragen oft angeben, auch mit einem BGE in Höhe des Existenzminimums weiterhin (in ähnlichem Umfang wie bisher) erwerbstätig sein zu wollen. Dies anzunehmen macht insofern Sinn, als dass es keinen nachvollziehbaren Grund gibt, durch die Einführung eines BGE den Lebensstandard zu reduzieren, schon gar nicht auf das Existenzminimum. Vermutlich wird es aber eine gleichmäßigere Verteilung der geleisteten Arbeitsstunden geben.

Obwohl die Betrachtung des BGE als Bündelung von Sozialleistungen und Auszahlung des Grundfreibetrags das Verständnis zunächst deutlich verbessert, geht der Anspruch des BGE für einige Befürworter sogar über eine gegenwärtige Reform der Steuer- und Sozialpolitik hinaus. Zu diesen Befürwortern gehören auch viele „Zukunftsmacher“ aus dem Silicon Valley. Sie haben erkannt, dass der (Sozial-)Staat der Lebenswirklichkeit einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt Rechnung tragen muss. Die Erwerbsarbeit wird dabei nicht verschwinden, allerdings werden, aufgrund von größerer Dynamik in den Anforderungen an diese, die Phasen von individueller Erwerbslosigkeit sehr wahrscheinlich zunehmen.

In noch stärkerem Maß als heute schon ist es also auch eine Frage der Würde, Personen in solchen Zeiten nicht zu Bittstellern zu machen, sondern mit einem BGE allen Bürgern eine dauerhafte, planbare Basis für die wirtschaftliche Tätigkeit oberhalb des Existenzminimums bereitzustellen.

Weiterführende links:

<https://www.ndr.de/themenwoche/gerechtigkeit/Bedingungsloses-Grundeinkommen-Finanzierung,grundeinkommen132.html>

<https://taz.de/Pro--Contra-zum-Grundeinkommen/!5462252/>

<https://www.grundeinkommen.de/wp-content/uploads/2017/12/17-10-%C3%9Cbersicht-Modelle.pdf>

<https://www.grundeinkommen.de/grundeinkommen/fragen-und-antworten>